

THEMA DES TAGES

„Man muss Haltung zeigen – bevor man sie nicht mehr zeigen kann“

8500 Menschen sind am Dienstag gegen die AfD auf die Straße gegangen. Eine von ihnen ist Uta Saenger von den „Omas gegen Rechts“. Sie fordert: „Wir müssen aus der Komfortzone herauskommen.“

In Linden haben am Dienstag 8500 Menschen gegen Rechtsextremismus demonstriert. Zum Protest aufgerufen hatten die „Omas gegen Rechts“ Hannover gemeinsam mit dem Bündnis „Auf die Plätze!“. Uta Saenger, sind Sie als eine der „Omas“ jetzt ein bisschen stolz, urplötzlich an der Spitze einer Massenbewegung für Menschlichkeit zu stehen?

Die Stimmung ist großartig. Wir haben uns sehr gefreut, dass so viele Leute gekommen sind. Einerseits waren wir überrascht, andererseits auch nicht, weil sich die Ankündigung im Vorfeld wie ein Lauffeuer in den sozialen Medien verbreitet hat. Wir sind sehr glücklich, dass die Bereitschaft zum zivilen Widerstand in Hannover so groß ist. Das ist auch ein starkes Zeichen an Menschen, die sich von der Demokratie abgewendet haben. Jetzt dürfen wir nicht müde werden und müssen immer weitermachen.

Der Recherche-Verbund „Correctiv“ berichtete zuletzt über ein Treffen bei Potsdam, an dem AfD-Funktionäre und Mitglieder der CDU-Werteunion teilgenommen haben sollen. Dort soll es unter anderem um rassistische Vertriebspläne gegangen sein. Was hat diese Information bei den „Omas gegen Rechts“ ausgelöst? Die Antwort ist sehr einfach: Wir sind entsetzt. Die AfD hat noch mal deutlich gezeigt, was ihre Ziele sind. Schockiert hat uns auch, dass dort Mitglieder der Werteunion teilgenommen haben. Auch das hat gezeigt, wie löchrig die Brandmauer gegen Rechts geworden ist.

Die AfD nutzt die Bauernproteste mancherorts als Bühne – auch in Hannover. Befürchten die „Omas gegen Rechts“ eine Radikalisierung der Landwirte?

Die Unterwanderung und Instrumentalisierung der Bauernproteste durch die AfD erschreckt uns sehr. Die Bauernverbände und viele Landwirte haben sich ja distanziert und versucht, der Vereinnahmung durch die Rechten entgegenzuwirken. Aber es gab eben auch die Galgen mit der Ampel, völkische Symbole und rechtsextreme Botschaften. Auch die Aktion gegen den grünen Wirtschaftsminister Robert Ha-



Uta Saenger von den „Omas gegen Rechts“ Hannover bei der Demonstration am Dienstag: Gemeinsam mit dem Bündnis „Auf die Plätze!“ hatten die „Omas“ unter dem Motto „AfD-Verbot sofort!“ zum Protest aufgerufen. FOTO: KATRIN KUTTER

beck am Hafen von Schlütsiel hat eine gefährliche Gewaltbereitschaft gezeigt. Das bereitet uns Sorgen.

Was kann man gegen die Erstarkung der politischen Rechten tun?

Ich denke, das Hauptaugenmerk muss immer darauf liegen, die Menschen für die Demokratie zu gewinnen, die sich gerade von ihr abwenden wollen. Dafür braucht es eine klare Kommunikation in der Politik und eine deutliche Distanzierung aller Parteien von der AfD. Denn man gewinnt Menschen nicht zurück, indem man sich den Positionen der AfD annähert. Im Gegenteil: Das verschleiert das politische Klima immer weiter nach rechts. Wichtig finde ich auch politische Bildung in allen Bereichen, und zwar niedrigschwellig und für alle verständlich. Rassistische, antisemitische, demokratiefeindliche Haltungen dürfen nicht normal werden. Da muss man aufklären und Grenzen setzen. Und man muss aus der Kom-

fortzone rauskommen und Haltung zeigen – bevor man sie nicht mehr zeigen kann.

Die Veranstaltung am Dienstag stand unter dem Motto „AfD-Verbot sofort!“ – was versprechen Sie sich von einem Parteiverbot?

Die Prüfung eines Parteiverbots wäre ein starkes Signal, dass der Staat konsequent gegen Parteien vorgeht, die die Demokratie abschaffen

wollen. Es würde den AfD-Anhängern auch zeigen, dass sie einer demokratiefeindlichen und vielleicht auch bald verbotenen Partei folgen.

Könnte ein Parteiverbot der AfD nicht auch in die Karten spielen?

Klar ist, dass ein Verbot erst mal nichts an den rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung ändert. Nur zu verbieten, könnte tatsächlich die gegenteilige Wirkung

haben. Es wäre deshalb wichtig, dass man den AfD-Wählern vor Augen führt, welche Konsequenzen die politischen Ziele dieser Partei für sie selbst bedeuten. Auch hier ist eine klare Kommunikation wichtig. Wenn man an die Situation von vor 90 Jahren erinnert mit der Mahnung, dass jetzt gehandelt werden muss, bevor es zu spät ist, so wie damals, ist die Einsicht vielleicht größer.

Interview: Emily Bader

Demo gegen rechts am Samstag: Deutlich mehr Menschen erwartet

Mehr als 8500 Menschen sind am Dienstag zur Kundgebung gegen rechts nach Hannover-Linden gekommen. Damit wurden die anfänglichen Erwartungen deutlich übertroffen. Das lässt jetzt die Frage aufkommen: Wie sieht es am Samstag, 20. Janu-

ar, auf dem Opernplatz aus? Die Organisatoren planen zuletzt mit 1000 bis 2000 Menschen. Nun sagt der Freundeskreis Hannover: Die Prognose wird deutlich nach oben korrigiert. „Wir hängen an die 1000 noch eine Null“, sagt Hajo

Rosenbrock, Sprecher des Kuratoriums im Freundeskreis. Die Kundgebung „Ein starkes Zeichen gegen Rechts“ beginnt am Samstag um 14 Uhr. Neben dem Freundeskreis rufen beispielsweise der DGB, die evangelische Landeskirche und

„Bunt statt Braun“ zur Teilnahme auf. Unter anderem Ministerpräsident Stephan Weil, Regionspräsident Steffen Krach (beide SPD), Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) und Ex-Bundespräsident Christian Wulff (CDU) wollen sprechen. pah

Unbekannter packt Mädchen am Hals

Ein Unbekannter hat versucht, ein Mädchen von hinten zu packen und festzuhalten. Laut Polizei erregte sich der Vorfall am Montagmittag an der Lützeroder Straße (List) neben dem Clementinenhaus. Die Siebenjährige handelte aber richtig und konnte flüchten. Noch ist unklar, ob es sich bei der gesuchten Person um einen Mann oder eine Frau handelt.

„Die Intention der Person ist unklar“, sagt Polizeisprecher Nico Miericke. Nach bisherigem Ermittlungsstand habe der oder die Unbekannte dem Mädchen zwischen 12 und 12.15 Uhr „von hinten an den Hals gegriffen“. Der Tatort liegt direkt vor dem Eingang des DRK-Krankenhauses, die Schülerin war allein unterwegs. Miericke: „Das Mädchen konnte sich aber losreißen.“

Das Kind kann nichts Konkretes zum Geschlecht der Person sagen. „Das Mädchen vermutet aber, dass es sich um einen Mann handelte“, sagt Miericke. Er soll eine Kapuze getragen haben und hatte einen Schal vor dem Gesicht. Der Verdächtige trug ausschließlich schwarze Kleidung samt Handschuhen, ist etwa 1,75 Meter groß und hatte „ein jugendliches Erscheinungsbild“. Hinweise erbittet die Polizei unter Telefon (0511) 1092717. pah

Polizei fast jede Woche in der IGS Stöcken

Körperverletzung, Bedrohung, Beleidigung, Diebstahl – immer wieder müssen Beamte ermitteln

Von Saskia Döhner

Die Polizei Stöcken hat im vergangenen Jahr fast jede Woche wegen strafrechtlicher Vergehen an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Stöcken ermittelt. In einem Drittel der Fälle ging es um sogenannte Rohheitsdelikte wie Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung, in einem weiteren Drittel um Diebstahl, in acht bis neun Fällen um Sachbeschädigungen. Die genaue Zahl der Einsätze nannte die Polizei nicht, sondern sprach von einer Gesamtzahl im niedrigen bis mittleren zweistelligen Bereich. Einen spürbaren Anstieg der Gewalttaten habe es in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gegeben. Auch auf dem Weg von oder zur Schule sei es zu Rohheitsdelikten gekommen. In einem Fall gab es eine Bedrohung mit einem Messer an der Schule, mehrmals wurde Reizgas oder Pfefferspray versprüht.

Da rund drei Monate im Jahr Schulfest sind, kamen die Beamten in den neun verbleibenden Monaten zwischen 25- und 50-mal an die Stöckener Gesamtschule wegen strafrechtlicher Vergehen. Die IGS Stöcken hatte sich wegen zunehmender Gewalt und Grenzverletzungen von Schülern, aber auch von Eltern, mit einem Brandbrief an die Öffentlichkeit gewandt. Die Lehrkräfte erklärten, dass sich ein Großteil der Schüler an die Regeln halte und in Ruhe lernen wolle, allerdings Sorge rund ein

Fünftel der Schüler immer wieder für Ärger, oft, um sich so soziale Anerkennung zu verschaffen. Dies ist bereits die zweite Schule in Hannover, die wegen eskalierender Gewalt einen öffentlichen Hilferuf sendet. Im Dezember 2023 hatte bereits die IGS Büssingweg in Vahrenwald einen Brandbrief veröffentlicht.

Wie die Polizei jetzt mitteilte, konnte im Zuge der Einsätze auch eine Gruppe von Personen ermittelt werden, darunter Schüler der IGS Stöcken, die – in unterschiedlicher Zusammensetzung – mehrere Schul-

einbrüche begangen hatte. Die Jugendlichen entleerten dabei Feuerlöcher und verwendeten Computer. Teils seien sie noch nicht strafmündig gewesen, hieß es – die Täter waren also noch keine 14 Jahre alt. Wegen nicht strafrechtlicher Tatbestände kamen die Polizisten zehnmal an die IGS Stöcken, oft ging es dabei um Streitigkeiten.

In einem Fall ist ein Schüler der IGS am Hauptbahnhof Opfer einer gefährlichen Körperverletzung geworden. Nach Berichten von Lehrkräften wurde er von einer Gruppe

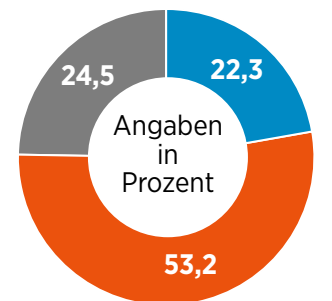
Jugendlicher mit einer Eisenstange krankenhauserreif geschlagen. Auch Anwohner haben sich nach Polizeiangaben bereits über ungebührliches Verhalten der Schüler beschwert: „Hier geht es primär um Lärmbelästigungen, provokante Gesten und im Einzelfall Würfe von Obst gegen die Hausfassade.“ Hier seien die Kontaktbeamte im Gespräch mit allen Beteiligten. Überhaupt arbeiteten Polizei und Schule eng zusammen, es gebe wöchentlich mehrstündige Gespräche und viele Präventionsprogramme.



Jede Woche muss die Polizei kommen: Imke Ebbing (von links), Svenja Willruth und Anja Backhaus von der Schulleitung der IGS Stöcken möchten nicht aufgeben, sagen aber, sie brauchen Hilfe, um das Gewaltproblem in den Griff zu bekommen. FOTO: ILONA HOTTMANN

FRAGE DES TAGES

Eine Kirche in Wettbergen hat Sahra Wagenknecht als Rednerin zu ihrem Neujahresgottesdienst eingeladen. Wie finden Sie das?



HAZ-GRAFIK*
Stimmen: 2504 (Stand: 18 Uhr)
*keine repräsentative Umfrage

■ Gut. Auch in einer Kirche sollte für solche Positionen Raum sein.

■ Nicht gut. Eine derart spaltende Politikerin sollte in einer Kirche keinen Raum für Wahlkampf bekommen.

■ Sie kann ja in der Kirche reden, aber vielleicht nicht auf Werbetour eine Woche nach ihrer Parteigründung.

HAZ Heute auf HAZ.de: Am Sonnabend findet auf dem hannoverschen Opernplatz eine Demo gegen Rechtsextremismus statt. Gehen Sie hin?

Hannoversche Allgemeine HAZ

Gegründet 1893 von Dr. h. c. August Madsack

Herausgeber:
Verlagsgesellschaft
Madsack GmbH & Co. KG
Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.),
Bernhard Bahners, Adrian Schimpf

Chefredakteurin:
Dany Schrader
Stellvertreter: Felix Harbart
chefredaktion@haz.de

VERANTWORTLICH FÜR:

Nachrichten/Chefs vom Dienst
Stefan Knopf (Ltg.), Astrid Fabricius,
Ralf Heußinger, Mirja Pflug, Michael Soboll,
Volker Wiedersheim cvd@haz.de

Newsroom
Birgit Dralle-Bürgel newsroom@haz.de

Reporter
Heiko Randermann (Ltg. und Landeshauptstadt Hannover), Jens Heitmann (Wirtschaft),
Ronald Meyer-Art (Kultur), Jonas Freier
(Sport, komm.)
(05 11) 518-18 52 hannover@haz.de

Lokalredaktionen
Umland Nord-Ost: Antje Bismark
nordost@haz.de - (05 136) 97 81 00
Umland Nord-West: Markus Holz
nordwest@haz.de - (05 31) 46 72 40
Umland Süd: Sarah Istrefaj
sued@haz.de - (05 11) 518 28 60

Die HAZ ist Partner im
Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)
Chefredakteurin:
Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion:
Manuel Becker, Stefanie Gollasch, Christoph Maier
Nachrichtenagenturen: dpa, epd

ANZEIGEN:

Günter Evert (verantwort.)
Verlag und Redaktion:
Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG,
August-Madsack-Str. 1, 30559 Hannover
Postanschrift: 30148 Hannover
Druck:
Oppermann Druck- und Verlagsgesellschaft
mbH & Co. KG,
Gutenbergstr. 1, 31552 Rodenberg
Verlag (05 11) 518-0
Kleinanzeigen Privatkunden 08 00-123 44 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden
08 00-123 44 02*
Anzeigenaufnahme im Internet www.haz.de
Telefax Kleinanzeigen 08 00-123 44 10*
Abonnentenservice 08 00-123 43 04*
Telefax Abonnentenservice 08 00-123 43 09*

* Kostenlose Servicenummer
HAZ-Online www.haz.de
Twitter www.twitter.com/haz
Facebook www.facebook.com/haz
HannoverscheAllgemeine

Erscheinungsweise: werktäglich morgens. Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 55,90 € (einschließlich Zustellkosten und Mehrwertsteuer) oder durch die Post 62 € (einschließlich Portoanteil und Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper 4 € (einschließlich Mehrwertsteuer). Abonnements können täglich mit einer Monatsfrist gekündigt werden.

Im Fall höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkauffleuten Hannover.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Gültige Mediadata unter haz.mediatdata.online
Amtl. Organ der Niedersächs. Börse zu Hannover